

Morddrohung gegen Minister

Debatte über Wölfe eskaliert

Osnabrück. Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer sieht sich in der Debatte über den Schutz von Wölfen auch Morddrohungen ausgesetzt. „Wüste Beschimpfungen sind an der Tagesordnung, und ich habe auch erst vorige Woche wieder eine Morddrohung bekommen“, sagte der Grünen-Politiker der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Er habe den Vorgang bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

„Wenn Wölfe entnommen werden, werden auch Sie entnommen“, habe es in der Drohung geheißen, sagte Meyer. Mit „Entnahme eines Wolfes“ wird das gezielte Töten oder Abschießen von Wölfen auf Geheiß der Behörden umschrieben. Dabei handelt es sich um eine kontrovers diskutierte Maßnahme, die in aller Regel dem Schutz von Nutztieren dient. Zugleich steht der Wolf unter strengem Naturschutz, nur in Ausnahmen dürfen einzelne Tiere von den Behörden zum Abschuss freigegeben werden, etwa wenn sie mehrfach Weidetiere trotz wolfsabweisender Zäune gerissen haben.

Gleichzeitig warb der Umweltminister darum, die emotionale Debatte um den Wolf zu versachlichen. „Was mich wirklich erschüttert, ist die Hetze zwischen Wolfsschützern und Wolfsgegnern, die gerade in anonymen Internetforen ihren negativen Höhepunkt erreicht“, sagte Meyer. „Es gibt kaum ein Thema, das so eine emotionale Verhärtung mit übelsten Beleidigungen aufweist. Ich werbe da sehr um verbale Abrüstung und Rückkehr zur Sachlichkeit und zum Dialog.“

Nach Unfall: Kinder außer Lebensgefahr

Toppenstedt. Die bei dem Radlader-Unfall mit zwei Toten verletzten Kinder sind alle außer Lebensgefahr. Zehn Kinder waren am Samstag nach dem Unglück in Toppenstedt in Krankenhäuser gebracht worden, vier waren lebensgefährlich verletzt, wie Wolfgang Krause, parteiloser Bürgermeister der Samtgemeinde Salzhäusen, am Montag bestätigte. Ein Kriseninterventionsteam betreue Betroffene in der Kita und Grundschule.

Ein Gedenkgottesdienst wird am Samstag in der Salzhäuser Kirche stattfinden. Er sei in erster Linie für Betroffene und Helfer gedacht, aber auch für die Bürger der Gemeinde. „Nicht nur ein Dorf trauert, sondern die ganze Region“, sagte Krause.

Am Samstagabend hatte nach den bisherigen Ermittlungen ein 44 Jahre alter Teilnehmer eines Zeltlagers in Toppenstedt mehrere Kinder und einen Erwachsenen in einer Transportbox an der Frontgabel eines Radladers eingeladen. Während der Fahrt auf einem Feldweg löste sich plötzlich die Gitterbox aus Metall, so dass die Insassen aus rund drei Metern Höhe nach vorn stürzten. Ein Fünfjähriger und ein 39 Jahre alter Mann starben. Gegen den 44-Jährigen sei ein Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet worden, wie eine Polizeisprecherin sagte.

„Grundsätzlich ist eine Gitterbox nicht zum Transport von Menschen gedacht. Inwieweit dieses Verhalten verboten gewesen ist, ist eine rechtliche Bewertung, die nach Abschluss der umfassenden Ermittlungen zu den tatsächlichen Geschehnissen zu klären sein wird“, erklärte Wiebke Bethke, Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft Lüneburg. Die Frage, wie viele Menschen sich zum Unfallzeitpunkt in der Gitterbox aufhielten, sei Teil der Ermittlungen. Gleiches gelte für Zeugenvernehmungen.

Wer bestimmt was in der Gedenkstätte Esterwegen?

Im Emsland kümmern sich ein bürgerschaftliches Komitee und eine offizielle Gedenkstätte um die Aufarbeitung der NS-Zeit. Beide sind in Streit über ein Büro geraten. Aber es geht offenbar um mehr.

Von Bert Strebe

Esterwegen. Wenn Ehepaare sich streiten, wie die Zahnpastatube ordnungsgemäß zuzuschrauben ist, geht es selten um die Zahnpasta.

Diese Geschichte handelt von einem Streit im Emsland. Er spielt sich in einem Milieu ab, das sonst für kleinkarierte Kontroversen eher nicht bekannt ist, nämlich in der Szene der Gedenkstätten und Vergangenheitsbewältiger. Zankobjekt ist ein Büro.

Dieses Büro befindet sich in den Räumlichkeiten der KZ-Gedenkstätte Esterwegen, die von einer Stiftung des Landkreises Emsland getragen wird. Das Büro wurde bisher von einem bürgerschaftlichen Aktionskomitee genutzt, das sich seit rund 40 Jahren für die Aufarbeitung der Nazigeschichte in der Region einsetzt. Die Landkreis-Stiftung hat den Raum jetzt wegen Eigenbedarfs gekündigt, das Komitee wehrt sich dagegen. Hauptakteure sind der Landrat des Emslandes, Marc-André Burgdorf, CDU, zugleich Vorstandsvorsitzender der Esterweger Gedenkstättenstiftung, und Habbo Knoch, Geschichtsforscher, ehemaliger Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen und Vorsitzender des Aktionskomitees.

Emsländer als KZ-Wachmänner

Im Emsland sind die Menschen maulfaul, herzlich, katholisch und konservativ. In der Nazizeit gab es hier nicht sehr viele überzeugte Hitler-Anhänger, das vertrat sich nicht mit der Gottesfürchtigkeit. Aber die Emsländer sind auch pragmatisch, passen sich also den Verhältnissen an, zahlreiche Männer haben in der Nazizeit bereitwillig in den Wachmannschaften der insgesamt 15 Konzentrations-, Straf- und Kriegsgefangenenlager in der Region gedient, in denen rund 30.000 Inhaftierte ums Leben kamen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Thema ein Tabu. Zwei Redakteure der „Ems-Zeitung“ in Papenburg aber, Hermann Vinke und Gerhard Kromschöder, setzten sich in den Sechzigerjahren daran, die Geschichte aufzuarbeiten, die Gräuel der Aufseher, das Leiden der Häftlinge an Licht zu holen. Sie wurden als Nestbeschmutzer beschimpft, aber sie berichteten weiter, bis sie wegen ihrer Hartnäckigkeit ihre Jobs verloren.

Doch damit war es nicht vorbei. Ende der Siebzigerjahre gab es, angesprochen von den wenigen Linken, die es damals in Papenburg gab, erste Bestrebungen, einen Gedenkort für das nahe frühere KZ Esterwegen einzurichten. Daraus entwickelte sich das parteiunabhängige „Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager“, kurz „DIZ“ genannt.

Das DIZ war rege. Es sammelte Material, führte Interviews mit



Streit um ein Büro – oder um mehr?: Die Gedenkstätte Esterwegen.

FOTO: BERT STREBE

Überlebenden, publizierte Schriften. Auch das geschah lange gegen den hinhaltenden Widerstand der politischen Würdenträger vor Ort, bis irgendwann Ende der Neunzigerjahre der damalige CDU-Landrat Hermann Bröring erkannte, dass sich das Emsland mit dieser Haltung fast nur noch blamierte.

Gedenkstätte seit 2011

Und wie die Emsländer so sind: Wenn sie irgendwas machen, dann machen sie es richtig. Bröring rief die Landkreis-Stiftung ins Leben, die heute die Gedenkstätte auf dem Areal des früheren KZ Esterwegen trägt. Eröffnung war 2011. Das DIZ wurde eingeladen, von Papenburg nach Esterwegen zu ziehen und sein umfangreiches Archiv mitzubringen – die Stiftung selbst hatte seinerzeit kaum was vorzuweisen.

Was dabei nicht im Sinne des Landkreises war: Das DIZ bezog zwar das heute umstrittene Büro in Esterwegen und beteiligte sich nach Kräften an der Gedenkstättenarbeit von der Ausstellungsbestückung bis zur pädagogischen Betreuung von Besuchern. Aber es behielt seine Autonomie, es zeigte keine Ambitionen, mit der Gedenkstätte zu

verschmelzen. Was verständlich ist, steckt doch die Erfahrung, von Politik und Behörden vor Ort jahrelang eher behindert worden zu sein, dem Komitee noch tief in den Knochen.

Der heutige Landrat Marc-André Burgdorf spricht deswegen von „hemmenden Parallelstrukturen“, das „Nebeneinander“ von Stiftung und DIZ sei „unsinnig“. In einem internen Schreiben ist davon die Rede, „Voraussetzung“ für eine weitere Zusammenarbeit der Gedenkstätte mit dem DIZ sei „die Anerkennung des Hausrechts der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen“.

Das klingt nach einem unfreundlichen Übernahmeversuch. Man muss dazu auch wissen, dass im Emsland normalerweise geschieht, was der Landrat will; die Wahlergebnisse für die CDU liegen hier immer noch zwischen 40 und 50 Prozent. Seit Jahren, berichtet der DIZ-Vorsitzende Habbo Knoch, bemühe sich die Gedenkstättenstiftung unter Landrat Burgdorf, Arbeit und Stellen des DIZ zu übernehmen. „Es geht darum: Wer hat das Sagen?“, sagt Knoch.

Burgdorf bestreitet, die Auflösung oder Kaltstellung des DIZ zu betreiben. Aber die Arbeit müsse

„in einer Hand“ liegen, es dürfe nicht zwei Gedenkstätten an einem Ort geben. Knoch sieht im Vorgehen des Landrats dagegen einen Angriff auf die Existenz des DIZ-Komitees.

Der Eskalationsanlass: Vor Kurzem hatten beide Zankparteien getrennt voneinander Anträge auf Finanzierung von jeweils einer Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter bei der Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten in Celle eingereicht. Bewilligt wurde nur die Förderung für das DIZ. Und bald darauf lag die Kündigung des Büros in der Gedenkstätte auf dem Schreibtisch des DIZ, mit fünfwöchiger Räumfrist. Was durchaus ein bisschen nach beleidigter Landkreisleberwurst aussah.

Das DIZ machte die Kündigung öffentlich und trat damit eine Welle von Protesten los, mehr als 800 Solidaritätsadressen gingen ein, von Häftlingsangehörigen, von anderen Gedenkstätten, vom deutschen Auschwitz-Komitee.

Fürst bietet Mediation an

Die Altvorderen der emsländischen NS-Aufarbeitung, Hermann Vinke und Gerhard Kromschöder, schickten auch eine Stellungnahme, kriti-

sierten laut Pressemitteilung des Landkreises aber das DIZ und schrieben, es müsse sich von der Vorstellung verabschieden, „in der Gedenkstätte autonom walten und schalten zu können“. Was der Landkreis nicht mitteilte, war, dass Vinke und Kromschöder auch die Stiftung ermahnten, dem zivilgesellschaftlichen Engagement (des DIZ) „genügend Raum“ zu geben. Und mit diesem Raum war nicht nur das Büro gemeint.

Michael Fürst, der Vorsitzende des Landesverbands jüdischer Gemeinden in Niedersachsen, hat eine Mediation für die beiden Konfliktparteien angeboten. Das DIZ hat eingewilligt – der Landkreis nicht. Er sehe dafür „jetzt keinen Bedarf“, sagte Marc-André Burgdorf gegenüber der HAZ. Sinnvoller sei es, wenn die Stelle für die wissenschaftliche Mitarbeit, die der Esterweger-Gedenkstätte verweigert worden war, doch noch genehmigt werden würde.

Es geht also tatsächlich nicht um das gekündigte Büro.

Die Frist für den Auszug ist abgelaufen. Das DIZ hat das Büro bisher nicht verlassen. Eine Einigung ist nicht in Sicht.

Jugendliche beschießen Lokführer in Verden

Nach Attacke mit Gasdruckwaffe: 46-Jähriger muss im Bahnhof behandelt werden / Bundespolizei berichtet von weiterem Vorfall

Von Peer Hellerling

Verden. Die Bundespolizei ermittelt nach Schüssen auf einen Nachtzug im niedersächsischen Verden. Zwei Jugendliche sollen gezielt auf den Lokführer gefeuert haben, dieser wurde am Hals getroffen. Der IC-Nightliner war am Wochenende auf dem Weg von Hamburg nach Zürich, ein Zwischenstopp war auch Hannover. Die Beamtinnen und Beamten bitten um Mithilfe bei der Suche nach den mutmaßlichen Schützen.

Der Vorfall hatte sich am Sonntag gegen 23.40 Uhr direkt im Bahnhof Verden ereignet, wie Holger Jureczko, Sprecher der Bundespolizeiinspektion Bremen, berichtete. Der Nightliner stand auf Gleis 1, der Lokführer hatte ein Seitenfenster geöffnet. „Die beiden Jugendlichen sollen ihn kurz gegrüßt haben.“ Als

der 46-Jährige den IC dann wenige Minuten danach in Bewegung setzte, „traf ihn ein Gegenstand schmerzhaft am Hals“, so Polizeisprecher Jureczko.

Lokführer kann nicht weiterfahren

Der Lokführer stoppte sofort und entdeckte im Führerstand mehrere Stahlkugeln aus einer Gasdruckwaffe. „Ein Rettungswagen wurde angefordert“, sagt Jureczko. Der 46-Jährige erlitt zwar keine ernsthaften Verletzungen, konnte die Schicht aber nicht fortsetzen. Wegen der Untersuchungen verzögerte sich die Weiterfahrt des Nightliners mit etwa 200 Passagierinnen und Passagieren. Erst um 0.55 Uhr ging es über Hannover und Heidelberg wieder Richtung Schweiz.

Und die Attacke war offenbar kein Einzelfall: „Die weiteren Ermittlungen ergaben, dass kurz zu-



Durchs offene Fenster gezielt: Der Lokführer (46) merkte beim Losfahren einen schmerzhaften Treffer am Hals.

FOTO: BUNDESPOLIZEI

vor auch der Lokführer eines durchfahrenden Güterzugs Einschläge auf der Windschutzscheibe bemerkte“, sagt Jureczko. „Auf dem

Bahnsteig wurden weitere Stahlkugeln und die Druckluftkartusche einer CO₂-Gasdruckwaffe sicher gestellt.“

Polizei sucht Zeugen

Die mutmaßlichen Schützen sind bis jetzt unbekannt. Die Verdächtigen sind laut Zeugen etwa 14 bis 15 Jahre alt und trugen dunkle Kleidung. „Einer soll eine Sporthose getragen haben“, sagt Jureczko. „Es ist möglich, dass sie schon vorher im Bahnhofsumfeld mit einer Waffe aufgefallen sind.“ Hinweise nimmt die Bundespolizei in Bremen unter Telefon (0421) 16299777 entgegen.

Züge werden immer wieder das Ziel von Attacken: Erst Anfang Juni hatten Unbekannte bei Neustadt zwei Bahnen mit Steinen beworfen. Zunächst traf es eine Regionalbahn nach Bremen, zwei Stunden später eine S-Bahn aus Nienburg Richtung Hannover. In beiden Fällen wurden Seitenscheiben so stark beschädigt, dass die Züge aus dem Verkehr genommen wurden. Verletzte gab es keine.